

KGW's Rundschreiben



26.02.2016
Seite 1 von 4

Deutschland in Europa und der Welt

Im sechsten Jahr der Eurokrise haben die Geldgeber das Problem Griechenland noch immer nicht gelöst. Als Alexis Tsipras am 20. September des vergangenen Jahres die Wiederwahl gewann, wollte er die Ärmel hochkrempeln und die Sonne aufgehen lassen. Resümee heute: das von ihm unterschriebene Memorandum war ein Lippenbekenntnis. Nur ca. 10 % der zugesagten Reformen wurden bisher umgesetzt und in der Flüchtlingskrise droht Griechenland wegen der Mängel bei der Grenzsicherung ein Ausschluss aus dem Schengen-Raum. Die Bevölkerung protestiert gegen Rentenkürzungen und höhere Abgaben. Landwirte versperren grenzfähige und wichtige Verkehrsknotenpunkte (Exporteure schätzen den dadurch entstehenden täglichen Verlust auf 30 Millionen Euro). Der Justizbetrieb läuft auch nicht rund, weil die Rechtsanwälte streiken. Für die Gläubiger ist die Reformierung der Renten- und Steuerreform ein wesentliches Thema. Finanzminister Tsakalotos will mit der Verhandlungsdelegation (früher Troika) versuchen, bis März eine Lösung zu finden. Ohne diese gäbe es ohnehin keine weiteren Hilfskredite. Ob Tsipras diese unpopulären Maßnahmen durch das Parlament bringen wird, ist sehr fraglich. Dann bliebe ihm wahrscheinlich nichts anderes übrig, als Neuwahlen auszurufen. Und diese wiederum würden das Land in ein noch tieferes Chaos stürzen. 85% der griechischen Wähler sind mit der Arbeit der Regierung unzufrieden und selbst 71% der Tsipras-Wähler melden bei der Politik des Ministerpräsidenten Kritik an. Es bleibt abzuwarten, wie er dem Druck Stand halten wird, den er von allen Seiten bekommt. Mit seinen unmöglichen Wahlversprechen hat er nicht nur politischen Schaden angerichtet, sondern die Wähler enttäuscht und die Versprechen, die er den Geldgebern gab, gebrochen.

Unverschuldet in Not geratenen sollte man grundsätzlich helfen. Dass man Kriegsflüchtlinge aufnimmt, sollte ebenfalls ein Akt der Humanität sein. Massenhaft Immigration in den deutschen Sozialstaat zuzulassen, ist allerdings diskussionswürdig. Dass Flüchtlinge verschiedene Länder in Europa favorisieren und andere lieber meiden, ist menschlich nachvollziehbar. Die 28 Staaten in Europa haben in Wort und Tat signalisiert, wie sie über die Flüchtlingskrise denken und wie sie damit heute und in Zukunft umgehen wollen. Für den Europäer sollte klar sein, dass sich die Flüchtlingskrise nur auf europäischer Ebene lösen lässt. Die steigende Zahl der Flüchtlinge zwingt Deutschland zum Umdenken, denn wir können nicht alle aufnehmen. Die „Denkfabrik“ Prof. Hans-Werner Sinn warnt vor massenhaften Immigrationen in den deutschen Sozialstaat. Er weist darauf hin, dass es keinen Rechtsanspruch auf Hilfe gibt und auch keinen Anspruch darauf, sich die Hilfe selbst abzuholen, wenn sie nicht freiwillig geleistet wird. Deutschland ist überfordert, wenn wir alle Flüchtlinge unterstützen wollen, die sich vom deutschen Sozialstaat „Stütze“ abholen möchten. Die Politik muss erreichen, dass die Wanderbewegungen (insbesondere in Richtung Deutschland) gestoppt werden. David Cameron hat konsequent gehandelt, indem er für innereuropäische Wirtschaftsflüchtlinge eine Einschränkung des Inklusionsprinzips* fordert. Migranten sollten danach erst nach 4 Jahren in den Genuss steuerfinanzierter Sozialleistungen kommen. Selbst, wenn sie eine Arbeitsstelle finden. Es wäre auch ein Unding, wenn ein deutscher Sozialhilfeempfänger, der nicht arbeitsfähig ist, seinen Wohnsitz in ein anderes europäisches Land verlagert, um dann zu fordern, dass ihn der entsprechende Staat schützt und unterstützt. Es scheint, dass die Flüchtlingskrise Europa und Deutschland noch lange als (Reiz-)Thema beschäftigen wird.

Das Thema Bargeldzahlungen bis max. 5.000 € und die Abschaffung der 500 € - Scheine ist zurzeit in aller Munde. Ist diese Einschränkung bereits das Ende unseres Vertrauens in die marktwirtschaftliche Grundordnung? Fjodor Dostojewski wusste wahrscheinlich nicht genau, wie man mit Geld umging, denn er verschwendete es beidhändig. Von ihm stammt das Zitat „Geld ist geprägte Freiheit“. Aus Angst vor einem Zusammenbruch des Bankensystems, einer Staatspleite oder einer Rückkehr zur Drachme nehmen Griechen sich die Freiheit, geschätzte 20 Milliarden Euro in irgendwelchen Verstecken unterzubringen. Da sie am wenigstens Platz wegnehmen, meist in 500er Scheinen. Die griechischen Banken appellieren an ihre Kunden, das Bargeld zurückzubringen. Wenn das allerdings passiert, tapen sie in die Kapitalkontrollen-Falle. Griechen dürfen am Tag höchstens 60 € in bar abheben.

*Inklusionsprinzip bedeutet, dass die höheren Niveaustufen grundsätzlich die Kompetenzbeschreibungen der niedrigeren Stufen mit einschließen.

Wenn man Europa im Augenblick betrachtet – es kann einem Angst und Bange werden. Man versteht sich nicht, weil die gemeinsame Sprache fehlt und sich darüber hinaus jede Nation in den Vordergrund stellen will. Man vermisst die Homogenität, die der Weg zu einem gemeinsamen Europa wäre. Wir stehen vor massiven Veränderungen. Statt miteinander wird bereits in der Gesellschaft gegeneinander gearbeitet. Wenn ein Schuldiger gesucht wird, fängt man nicht bei sich selbst an, sondern bei einem anderen. Die Politik ist nicht unschuldig an der Tatsache, dass ihre Abgeordneten nicht den Status haben, wie er einem Volksvertreter zustünde. Es fehlen die erforderlichen Dialoge zwischen Politik, Wirtschaft und Medien. Das nutzen vielerorts Vereinigungen in Demonstrationen (wie Pegida), Parteien (z.B. AfD), Rechtspopulisten (z.B. Wilders in Holland) bis hin zu Tea-Party-Aktivisten in den USA aus. Die Welt steht vor einem Prozess der Umwälzung und das System wird sicherlich ein anderes. Der ehemalige Fußball-Bundestrainer Sepp Herberger hat einmal gesagt „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel“. Man kann das auch ummünzen und sagen: Nach der Krise ist vor der Krise. Die nächste Krise kommt bestimmt. Wann, ist allerdings ungewiss. Der ehemalige Finanzminister Griechenlands, Yanis Varoufakis, hat Erfahrungswerte in der EU gesammelt. Er sieht die EU zerfallen und will diese Situation stoppen. Der linke Ökonom will Europa demokratisieren und die Vorherrschaft des Finanzkapitals brechen. Dazu hat er die Bewegung „Demokratie in Europa“ (DiEM) im Herzen Europas (nämlich in Berlin) gegründet.

Marktsituation für rost- und säurebeständige Edelstahlbleche und -bänder

Für Edelstahl haben wir seit dem letzten Jahr bereits den Anti-Dumping-Zoll auf chinesisches und taiwanesisches Material. Eine Verbesserung der Marktlage ist aber nicht zu erkennen. Der Hauptgrund: es gibt zu viele Kapazitäten und zu wenig Bedarf.

Nun appellieren auch die europäischen Wirtschaftsminister (darunter Sigmar Gabriel) an die EU-Kommission, europäische Hersteller mit Zöllen zu schützen. Gemeint sind in erster Linie chinesische Stahlunternehmen. Das Wachstum in China ist schwächer geworden, jedoch produzieren die entsprechenden Unternehmen in ähnlich großen Mengen weiter. Mit den in China aufgebauten Kapazitäten ist eine riesige Gebäude- und Infrastruktur aufgebaut worden, jedoch ist zwischenzeitlich ein gewisser Sättigungsgrad erreicht. Man versucht, die riesigen Überkapazitäten zu Niedrigpreisen auf dem Weltmarkt abzusetzen. Der Stahlexperte Han Xiaoping, ein Fachdienstleiter vom China Energy Network weist darauf hin, dass es im Sinne der Regionalregierungen ist, Werke am Leben zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern. Man sei bestrebt, künftig mehr Klasse statt Masse herzustellen. Die Zentralregierung in Peking will in den nächsten 3 bis 5 Jahren die Überkapazitäten von 100-150 Millionen Tonnen Stahl herunterfahren. Dabei ist es verständlich, zunächst die unrentablen Stahlwerke zu schließen. Es kann nur positiv für die anderen Hersteller sein, wenn die sogenannten „Zombie-Unternehmen“ die Produktion einstellen. Hinzu kommt, dass die Luft dadurch sauberer wird, denn die Stahlindustrie ist am meisten für die hohen Feinstaubwerte in China verantwortlich. Für den neuen Präsidenten des europäischen Stahlverbandes Eurofer, Geert von Poelvoorde, sind Zölle von 60% notwendig, um faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Kürzlich hat allerdings die EU-Kommission nur in 3 Fällen Schutzzölle zwischen 13 und 16% verabschiedet.

Vor ca. 16 Jahren hatte man sich darauf geeinigt, dass bis Ende Dezember 2016 entschieden sein muss, ob China als Marktwirtschaft anerkannt wird. Für die Chinesen würde das die Einfuhren nach Europa erleichtern. In der Diskussion ist immer wieder, dass die chinesische Stahl-, Solarzellen-, Textilien- und neuerdings auch die Eisenbahnindustrie subventioniert werden. Europäische Lobbyisten fürchten um Arbeitsplätze, wenn es für China einfacher ist, seine Waren am europäischen Markt abzusetzen.

Die Rohstoffmärkte

Zurzeit gibt es wohl niemanden, der einen Trend auf den Rohstoffmärkten voraussagen kann. Das betrifft aber nicht nur Öl, sondern bezieht sich gleichermaßen auf die Metallpreise. Es ist nicht zu übersehen, dass der stotternde Konjunkturmotor Chinas Einfluss auf die europäischen und besonders die deutschen Märkte hat.

Die großen Anbieter (nicht nur für Öl sondern z.B. auch für Eisenerz) produzieren mehr, als benötigt wird. Die Marktführer Vale, Rio Tinto und BHP Billiton beharken sich gegenseitig und der knallharte Preiskampf scheint noch nicht zu Ende zu sein.

Die Commerzbank erstellt dreimal jährlich für die Wirtschaftswoche den Rohstoffradar. Dieser stellt die durchschnittliche prozentuale Abweichung vom Mittelwert der vergangenen 12 Monate graphisch dar. Die aktuelle Ermittlung vom 05.02.2016:

Aluminium	-19,1
Blei	-24,3
Eisenerz	-35
Kupfer	-23,2
Nickel	-33,1
Zink	-26,3
Zinn	-26,4

Die nachstehende Vergleichstabelle zeigt die Veränderungen in den Nickelpreisen und -beständen von Anfang Januar des letzten Jahres bis heute. Da von Kostendeckung der einzelnen Minen keine Rede mehr sein kann, werden wahrscheinlich Kapazitäten gekürzt und geplante Investitionen zurück gestellt. Das würde zwar zu einer Kürzung der Angebotsmengen führen, aber erst in einigen Monaten. Man muss Optimist sein, wenn man daran glaubt, dass es bis Ende dieses Jahres eine Nickelunterdeckung gibt.

Beim Ferrochrom wird es keine wesentliche Veränderung geben, da der Preis bis Ende März festgeschrieben ist. Eine Belebung bei Molybdän auf vermutlich auf längere Sicht nicht zu erwarten. Es gibt auch hier eine Überversorgung und Impulse steigender Nachfrage sind nicht zu erkennen.

Fazit in Kurzfassung: gibt es keine positiven Anzeichen aus China, geht der Trend auch bei uns nicht nach oben.

Währungen und Rohstoffe im Vergleich

Datum	Devisenkurs € / US-\$	Kassapreis Nickel (LME)	3 Monats-Preis Nickel (LME)	Nickel-Bestand LME	dt. Kassapreis Nickel €/100 kg	dt. Kassapreis Molybdän €/100 kg
02.01.2015	1.191	14.880	15.000	414.900	1.237	1.746
04.01.2016	1.0790	8.515	8.565	441.342	781	1.101
01.02.2016	1.0887	8.450	8.525	446.676	776	1.103
24.02.2016	1.1030	8.520	8.535	445.260	771	1.106

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ 2015 €/to	Höchste LZ 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
4016	11/15 - 438	07/15 - 486	460	426	400									
4113	11/15 - 510	05/15 - 623	526	501	474									
4301	10/15 - 985	01/15 - 1.327	927	872	827									
4310 *)	10/15 - 926	03/15 - 1.229	893	845	780									
4310Mo*)	10/15 - 951	03/15 - 1.291	899	849	807									
4404	01/15 - 1.928	12/15 - 1.332	1.231	1.189	1.134									
4521	12/15 - 652	02/15 - 811	676	661	633									
4539	12/15 - 2.350	01/15 - 3.588	2.121	2.064	1.976									
4571	12/15 - 1.352	01/15 - 1.959	1.248	1.204	1.150									
4828	10/15 - 1.259	01/15 - 1.752	1.170	1.102	1.047									

*) bei diesen Werkstoffen werden in der Regel noch Aufschläge für Präzisionsband erhoben

Edelstahlschrott

W-Nr.	höchst 2015 €/to	tiefst 2015 €/to	Jan 2016 €/to	Feb 2016 €/to	Mrz 2016 €/to	Apr 2016 €/to	Mai 2016 €/to	Jun 2016 €/to	Juli 2016 €/to	Aug 2016 €/to	Sep 2016 €/to	Okt 2016 €/to	Nov 2016 €/to	Dez 2016 €/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	Apr. 390	Nov. 210	200	190										
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	Mai 1.200	Nov. 750	740	750										
Cr-Ni-Mo-Stähle (V4A*) z.B. 4404/4571	März 1.680	Dez. 1.040	1.000	1.020										

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team